Kreisblatt für den Kreis Malmédy.

mittags 3 Uhr,
eine

Erziehung

Erziehung an den
hyme eingeladen.

Estcomité.

in der Buchdruckerei

Bericht

über
durch verschiedene
Theile

is, Nordafrika's
und
estasiens,
ember 1872 bis zum
Mai 1873.

Von
er Stehres,
nd Ehrendirektor des
iums zu Diekirch.

80 Pfg. = 18 Sgr.

Debr. C. u. N. Benziger
edelnu (Schweiz).

1876.
er-Kalender.
Jahrgang.

Text 4^o reich illustriert
mit 2 herrlichen Photo-
„Herz Jesu und Herz
Maria“

Preiserhöhung
Pfg. oder 40 Centimes.

„Kleider-Kalender“ wird
seit Jahren als einer
billigsten katholischen
bezeichnet.

allen Buchhandlungen.

oll. Heringe

sjährigen Saug
zu haben bei
Ph. A. Baur.

genpapier

J. Doepgen
in St. Vith.

arnung.

igen ohne Ausnahme,
einen Sohn Johann
graff geleistet werden,
mit als ungültig, und
dem Nachtheil nochma-
Ueberhaupt zahle ich
ulden, welche er irgend
macht.

en 23. August 1875.
r Gerichtsvollzieher,
Margraff.

nd Verlag von J. Doepgen
St. Vith

Nr. 70.

St. Vith, Mittwoch den 1. September

1875.

Das „Kreisblatt für den Kreis Malmédy“ erscheint wöchentlich zweimal und wird Mittwochs und Samstags ausgegeben. — Bestellungen werden bei allen Postanstalten und in der Expedition dieses Blattes entgegen genommen. — Der Pränumerationspreis beträgt pro Quartal 1 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark 25 Pfg. einschließlich der Bestellgebühren. — Insertionsgebühren für die 4spaltige Garmond-Zeile oder deren Raum 1 S. r. Briefe sind portofrei einzuzenden. — Aufsätze von gemeinnützigem Interesse werden jederzeit dankbar angenommen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nachen, den 18. August 1875.

Die unter dem 19. März d. J. für den Umfang des Kreises Malmédy erlassene Polizei-Verordnung, betreffend den Ausbruch der Lungenseuche unter dem Vorwande und die in Folge dessen erforderliche strengere Überwachung der Viehmärkte im Kreise Malmédy, wird, da die Lungenseuche als erloschen zu betrachten ist, hiermit aufgehoben.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern,
v. d. Mosel.

Bekanntmachung.

Ich bringe hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die diesjährigen Herbstferien in den Elementarschulen des hiesigen Kreises, mit Ausschluß der Stadt Malmédy, für die Zeit vom 20. September bis 11. October von mir festgesetzt worden sind.

Malmédy, den 16. August 1875.

Der Königl. Landrath,
J. B.

Schulzen,
Kreis-Sekretair.

Nr. 6303.

Gesetz,

betreffend Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften.

Vom 6. Juli 1875.

(Schluß.)

§ 36. Hat das Statut in der mitäblichen Verhandlung vor dem Kommissar die nach § 25 erforderliche Mehrheit nicht gefunden, so weist das Waldschutzgericht den Antrag auf Bildung der Waldgenossenschaft durch einen nach Maßgabe des § 15 zu erlassenden Bescheid ab.

§ 37. Im anderen Falle hat das Waldschutzgericht durch Unparteilichkeit zu entscheiden, ob ein Bedürfnis zur Vereinigung der beschiedenen Eigentümmer zu einer Waldgenossenschaft nach Maßgabe des § 23 vorhanden ist, ob das Statut die Zustimmung der gesetzlich erforderlichen Mehrheit der Beteiligten gewährt hat, sowie ob dasselbe den gesetzlichen Vorschriften entspricht und ein öffentliches Interesse nicht verletzt. Waltet in allen diesen Beziehungen ein Bedenken nicht ob, so trifft das Waldschutzgericht Entscheidung dahin, daß die Waldgenossenschaft nach dem Statut zu begründen sei.

Zugleich entscheidet das Waldschutzgericht über die Widersprüche gegen die im Gutachten vorgeschlagenen Beschränkungen der Servitutberechtigten, beziehungsweise über die Höhe der zu gewährenden Entschädigungen.

§ 38. Ist auf Begründung der Waldgenossenschaft erkannt und haben die in § 37 vorgezeichneten Entscheidungen Rechtskraft erlangt, so ertheilt das Waldschutzgericht dem Statute die Bestätigung.

Durch die Bestätigung wird die Waldgenossenschaft begründet. Das bestätigte Statut hat die Kraft einer vollstreckbaren gerichtlichen Urkunde.

§ 39. Die den Eigentümern der zur Genossenschaft gehörenden Grundstücke auferlegten Beschränkungen und Lasten sind unter Hinweis auf die näheren Bestimmungen des Statutes im Grundbuche einzutragen.

Die Eintragung erfolgt auf Antrag des Vorsitzenden des Waldschutzgerichtes.

§ 40. Auf das Verfahren vor dem Kommissar finden die Bestimmungen des § 14 und bezüglich der Kosten die Bestimmungen der §§ 18 und 19 Anwendung.

Die Kosten fallen, soweit sie nicht durch die ergangene Entscheidung dem unterliegenden Theile zur Last gelegt sind, den Waldgenossen nach dem in § 27 dieses Gesetzes vorgeschriebenen, beziehungsweise im Statute angebräuteten Verhältnisse zur Last.

§ 41. Im Uebereinstimmend regelt sich das Verfahren vor dem Waldschutzgerichte, die Verfassung gegen die Entscheidung desselben und das Verfahren in den Berufungsinstanzen nach den gesetzlichen Vorschriften, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren.

§ 42. Die Waldgenossenschaft kann unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden. Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.

§ 43. Für die Verbindlichkeiten der Waldgenossenschaft haftet das Vermögen derselben.

Insofern daraus Gläubiger der Waldgenossenschaft nicht befreit werden können, muß der Schuldbetrag durch Beiträge aufgebracht werden, welche von dem Vorstände nach dem im Statute festgesetzten Theilnahme auf die Mitglieder ungleichmäßig zu vertheilen sind.

§ 44. Die auf Grund vorstehender Vorschriften errichtete Waldgenossenschaft ist der Aufsicht des Staates unterworfen.

Diese Aufsicht wird von dem zuständigen Waldschutzgerichte nach Maßgabe des Statutes, übrigens in dem Umfange und mit den Befugnissen gehandhabt, welche gesetzlich den Aufsichtsbehörden der Gemeinden zustehen.

In allen schleunigen Angelegenheiten kann der Vorsitzende des Waldschutzgerichtes Namens desselben Verfügungen erlassen. Einsprüche gegen diese Verfügungen unterliegen der Entscheidung des Waldschutzgerichtes.

§ 45. Wenn im Laufe der Zeit eine Abänderung des rechtskräftig festgestellten Statutes notwendig wird, so ist diese Abänderung in demselben Verfahren wie die ursprüngliche Festsetzung, zu bewirken.

Die Auflösung einer nach diesem Gesetze begründeten Waldgenossenschaft ist nur zulässig, wenn die nach § 24 zur Bildung einer Genossenschaft erforderliche Mehrheit der Beteiligten derselben zustimmt. Solche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde (§ 44).

§ 46. Bei der Auflösung einer der im § 23 unter 2 bezeichneten Waldgenossenschaften erhält jeder Waldgenosse die eingeworfenen Grundstücke zur eigenen Bewirtschaftung zurück. Außerdem sind, wenn das Statut nicht ein Anderes bestimmt, die in dem Genossenschaftswalde vorhandenen Holzbestände nach dem Verhältnisse des Kapitalwertes der zur Zeit der Errichtung der Genossenschaft eingeworfenen Holzbestände unter die Genossen zu vertheilen.

Bleibt der Werth des auf dem zurückerhaltenen Grundstücke vorhandenen Holzbestandes hinter dem Werthe des nach diesem Verhältnisse ermittelten Anteils zurück, so ist dieser Minderwerth von denjenigen Waldgenossen verhältnismäßig zu erstatten, welche mit ihren Grundstücken einen Ueberschuß an Holzbestandswerth erhalten haben.

IV. Theilung gemeinschaftlicher Waldungen.

§ 47. Sofern eine nach den bestehenden Vorschriften zulässige Naturaltheilung eines von einer Idealgemeinde oder einer Genossenschaft besessenen Waldgrundstückes solche Theilstücke ergeben würde, deren forstwirtschaftliche Bewirtschaftung nur durch gemeinschaftliche Bewirtschaftung zu erreichen wäre, so darf dem Antrage auf Theilung nur dann stattgegeben werden, wenn die Mehrheit der Beteiligten, nach den Theilnahmerechten berechnet, demselben zustimmt.

V. Uebergangsbestimmungen.

§ 48. In denjenigen Theilen der Monarchie, in welchen zur Zeit Verwaltungsgerichte nicht bestehen, werden bis zur Einrichtung von solchen die in diesem Gesetze den Verwaltungsgerichten übertragenen Funktionen in erster Instanz durch besondere Waldschutzgerichte, welche bei eintretendem Bedürfnisse für jeden Kreis nach den Vorschriften der folgenden Paragraphen gebildet werden, in zweiter Instanz durch die Deputationen für das Heimathswesen (§§ 40 und 41 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterhaltungswohnort, vom 8. März 1871, Gesetz-Samml. S. 130 ff.) in dem durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Verfahren wahrgenommen.

§ 49. Das Waldschutzgericht wird aus dem Landrathe (Kreisshauptmann) als Vorsitzenden und sechs Mitgliedern gebildet, welche von der Kreisversammlung nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden. Wählbar als Mitglied ist jeder selbstständige Angehörige des Deutschen Reichs, mit Ausnahme der nicht angehörigen jenseitsberechtigten Militärpersonen, welcher a) in dem Kreise einen Wohnsitz hat, b) sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet.

Als selbstständig wird derjenige angesehen, welcher das 21. Lebensjahr vollendet hat, sofern ihm das Recht, über sein Vermögen zu verfügen und dasselbe zu verwalten, nicht durch gerichtliche Anordnungen entzogen ist.

Geistliche, Kirchenbedienten und Elementarlehrer können nicht Mitglieder des Waldschutzgerichtes sein; richterliche Beamte, zu denen jedoch die technischen Mitglieder der Handels- oder Gewerbe- und ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind, nur mit Genehmigung des vorgelegten Ministers.

Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf sechs Jahre mit der Maßgabe, daß bei Ablauf der Wahlperiode die Mitgliedschaft bis zur Wahl des Nachfolgers fortdauert. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder aus. Die das erste und zweite Mal Anscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Ausgeschiedenen können wieder gewählt werden.

Die Mitglieder des Waldschutzgerichtes werden von dem Vorsitzenden vereidigt. Sie können durch Beschluß der Deputation für das Heimathswesen ihrer Stellung entzogen werden. Dieselben erhalten eine ihnen Anlagende entsprechende Entschädigung aus Kreis-Kommunalmitteln.

Ueber die Höhe derselben beschließt der Kreistag.

§ 50. Das Waldschutzgericht ist beschlußfähig, wenn drei Mitglieder mit Einschluß des Vorsitzenden anwesend sind. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt.

Ist eine gerade Zahl von Mitgliedern anwesend, so nimmt das dem Lebensalter nach jüngste gewählte Mitglied an der Abstimmung nicht Theil. Betrifft der Gegenstand der Verhandlung einzelne Mitglieder des Waldschutzgerichtes, oder deren Verwandte oder Verwandte in auf- oder absteigender Linie, oder bis zu dem dritten Grade der Seitenlinie, so dürfen dieselben an der Beratung nicht Theil nehmen.

Wird dadurch das Waldschutzgericht beschlußunfähig, so tritt nach der Bestimmung der Deputation für das Heimathswesen das Waldschutzgericht eines benachbarten Bezirkes an seine Stelle.

§ 51. So lange in einzelnen Kreisen ein Waldschutzgericht nicht gebildet ist, sind die nach § 3 beziehungsweise § 23 zu-

lassigen Anträge an den Landrath (Kreisshauptmann) zu richten, welcher verpflichtet ist, sofort die Bildung des Waldschutzgerichtes herbeizuführen.

In Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist, kann der Landrath (Kreisshauptmann) die im § 21 vorgezeichneten vorläufigen Anordnungen treffen.

§ 52. In selbstständigen Stadtkreisen finden die Bestimmungen der §§ 49, 50, 51 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Landrathes (Kreisshauptmanns) der Bürgermeister und an die Stelle der Kreisversammlung die Stadtverordnetenversammlung (Bürgervertretung) tritt.

VI. Strafbestimmung.

§ 53. Die Eigenthümer, Nutzungs-, Gebrauchs- und Servitutberechtigten, sowie Pächter sind, wenn sie den Bestimmungen des Regulativs (§ 20) zuwider Holz einschlagen, mit einer Geldstrafe zu belegen, welche dem doppelten Werthbetrage des gefällten Holzes gleichkommt.

Wenn sie die sonstigen Festsetzungen des Regulativs, durch welche eine bestimmte Art der Benutzung vorgeschrieben oder verboten wird, übertreten, sind sie mit einer Geldbuße bis zu 100 Mark zu bestrafen.

§ 54. Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Unrathlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insignel.

Gegeben Coblenz, den 6. Juli 1875.
(L. S.) B i l h e i m.
Fürst v. Bismarck. Camphausen. Gr. zu Eulenburg. Leonhardt.
Fall. v. Kameke. Achenbach. Friedenthal.

Die Stockungen im Verkehrsleben und deren Ursachen.

Es ist kein erfreuliches Bild, welches die Jahresberichte der Handels-Vorstände von der Lage der gewerblichen Verhältnisse entwerfen. Von allen Seiten wird Klage darüber geführt, daß der lebhaften Anspannung des Unternehmungsgelstes, die nach dem französischen Kriege eintrat, ein Rückschlag gefolgt sei, dessen Wirkungen dem Verkehr des verflochtenen Jahres beherrschten und sich immer noch empfindlich fühlbar machen. An die Stelle übertriebener Hoffnungen und beispielloser Flüssigkeit des Geldes waren Mißtrauen und Geschäftslust getreten, deren Druck nicht bloß den Börseverkehr und den Großhandel traf, sondern auf allen Gebieten des Gewerbetreibens und des wirtschaftlichen Lebens überhaupt lastete.

In richtiger Würdigung der ersten Lage haben die Handelsvorstände es sich angelegen sein lassen, die Ursachen der allgemeinen Abspannung in gründliche Ermägung zu nehmen. Das Ergebnis ihrer Beobachtungen und Ermittlungen liegt in ihren Jahresberichten vor, die nicht bloß zum Verständniß der hinter uns liegenden Vorgänge beitragen, sondern auch manche für die Zukunft hehrerigwerthe Lehre enthalten. Unzweifelhaft würden aber die Handelsvorstände durch ihre Berichte eine vielseitigere und tiefere Wirkung erzielen, wenn sie die Irrwege des geschäftlichen Verkehrs noch in schärferer Beleuchtung stellten und aus den begangenen Fehlern eindringlichere Nuthandlungen zögen.

Selbstverständlich stimmen alle Urtheilsfähigen in der Ansicht überein, daß das gegenwärtige Siechthum des gewerblichen Lebens eine naturgemäße, unvermeidliche Folge der Verblendung ist, mit welcher die Spekulation sich in den Jahren 1871 und 1872 auf alle Geschäftszweige warf.

In dem Jahresberichte der Berliner Kaufmannschaft finden diese Verhältnisse eine zutreffende Schilderung, in welcher es heißt:

„Wohl war man in Deutschland vollkommener berechtigt, einen neuen Aufschwung der Industrie und des Handels vorauszusetzen und sich darauf einzurichten. Die politische Ungewißheit, die sonst mit schwerem Druck auf ihnen gelastet hatte, war verschwunden, der Friede auf lange Zeit gesichert. Es war also möglich, Muth und Größeres zu unternehmen. Auch der Bedarf war gestiegen, die sich plötzlich reichlich findende Nation brauchte ihre Konsumtion nicht zu ängstlich zu begrenzen.“

Wo nun ein gewerblicher Aufschwung aus berechtigten Ursachen hervorgeht und zu den berechtigten Gesichtspunkten noch lähne Illusionen hinzutreten, da ist schwer das rechte Maß zu finden. Der Kredit war in

einer Weise, wie man es noch nie erlebt hatte, leichtert. Das große und in vielen erfolgreichen Unternehmungen wohlbewährte Mittel der Kapital-Association schien der Weg, um die Industrie zu den großartigsten Leistungen zu befähigen. Leider ist dies ein Irrthum gewesen.

Die im Eingang geschilderten Verhältnisse: der Aufschwung der Unternehmungen bei dem Zuflusse der Milliarden, die Illusionen, die sich an dies Ereignis knüpften, haben eine ganz unvermeidliche Reaktion herbeigeführt, die im Jahre 1874 zum Vollzug kam. Die wenigsten der glänzenden Erwartungen, welche an eine Unzahl neuer und vergrößerter Unternehmungen geknüpft wurden, konnten in Erfüllung gehen. Dem übermäßigen Vertrauen, mit welchem man 1871 und 1872, ja selbst noch in den ersten Monaten 1873 auf Grund-Erwerb, Bauten, Bergwerks-Unternehmungen, Eisenbahnlilien, frabrikliche Etablissements aller Art eingegangen war, folgte auf die ersten Anzeichen, daß die allgemeine Haufe-Tendenz und Stimmung ihre Endschafft erreicht hatte, ein ebenso epidemisch werdendes Mißtrauen. Dasselbe hat 1874 die größten Fortschritte gemacht und fand nur immer neue Nahrung an den Mißerfolgen zahlreicher Aktiengesellschaften. Auf die Einbildung der vorangegangenen Jahre, daß wir in den Besitz unbegrenzter Reichthümer getreten seien, folgte die Reue über thatfächliche Kapitalverschwendung und theilweise sogar ungerechtfertigter Kleinmuth.

Ähnliche Betrachtungen kehren in den Jahresberichten aller Handelsvorstände wieder, und ihre Berechtigung kann nicht in Frage gestellt werden. Wohl aber darf man im Zweifel sein, ob in der Schilderung des geschäftlichen Verkehrs der jüngsten Vergangenheit Licht und Schatten, namentlich in Bezug auf Verschuldung und Verantwortlichkeit, überall richtig vertheilt seien. Es leuchtet ein, daß der Einfluß, der von Seiten Frankreichs in verhältnißmäßig kurzer Frist gezahlten Milliarden auf alle Zweige des wirtschaftlichen Lebens und besonders auf die im Handel und Gewerbe thätige Spekulation ein überaus mächtiger sein mußte; es ist vollkommen begreiflich, daß die ungewöhnliche Flüssigkeit des Geldes nicht bloß den Börsen-, Bank- und Handels-Verkehr in fieberhafte Bewegung versetzte, sondern auch den Gewerbetreibenden, namentlich die Baukunst u. s. w. zu überhöchster Thätigkeit anregte; ja es kann nicht auffallen, daß die überraschenden und unberechenbaren Verhältnisse auf allen den bezeichneten Gebieten den Anstoß zu Unternehmungen und Schöpfungen gaben, bei denen die Vorschriften und Berechnungen wirtschaftlicher Besonnenheit mehr oder minder außer Acht gelassen wurden. Indessen darf auch das billigste und schonendste Urtheil nicht der Auffassung Raum geben, als sei der Grund der eingetretenen Uebelstände vorwiegend in der Fülle des Geldzuflusses zu suchen und nicht vielmehr in dem furchtbaren Mißbrauch der an sich günstigen Verhältnisse, die bei vorrätiger Benutzung zu einer ergiebigen Quelle von Wohlthaten für alle Klassen des Volkes werden konnten. Nicht als eine Naturnothwendigkeit ist es zu erklären, sondern theils unter ernster Rüge zu stellen, theils mit einem unbedingten Verdammungsurtheil vom sittlichen und wirtschaftlichen Standpunkte zu kennzeichnen, daß der Unternehmungsgelbst in Verfolgung hochfliegender Pläne jede Rücksicht auf den Umfang verfügbaren Mittel und auf Leistungsfähigkeit überhaupt aus den Augen verlor, daß die Spekulation nicht bloß die Grenzen der Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit mißachtete, sondern von der Selbsttäuschung zur geistlichen und wohlberedelten Täuschung Anderer überging, daß die Spielwuth und mit ihr das Streben, ohne Arbeit und auf fremde Kosten reich zu werden, nicht bloß alle Klassen der Geschäftswelt ergriff, sondern auch weite Volkskreise in ihre Wirbel hineinzog, daß mit einem Worte alle Ausgeburten einer gewissenlosen und verunftwidrigen Gewinnsucht zu Tage traten, um deren Allens man einer der reichsten Quellen allgemeinen Wohlstandes erschließenden Zeit mit Recht den Namen „Schwindelperiode“ beigelegt hat.

Sehr treffend bezeichnen die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft das gegenwärtige Siechthum des Börsenverkehrs als eine Buße der Sünden vorangegangener Jahre. Doch glauben sie hinzuzufügen zu müssen, man dürfe die Börse nicht für das tolle Treiben allein verantwortlich machen; denn sie sei nur Vermittlerin des Verkehrs.

Freilich wäre es ungerecht, der Börse ausschließlich die Verantwortlichkeit für die Verblendung und den Betrag jener Zeit aufzubürden; doch wird ihre Mitschuld an der Entstehung des Unheils offenbar zu leicht genommen, wenn man sie nur als Vermittlerin des Verkehrs gelten lassen und die erlittenen Verluste haupt-

sächlich den allgemeinen, veränderten Verhältnissen zuschreiben will.

Im Wesentlichen ist die Börse allerdings dazu bestimmt, als Vermittlerin des Verkehrs zu dienen, aber mit dieser bescheidenen Rolle ist ihre Wirksamkeit keineswegs abgeschlossen.

Auf der Börse treffen alle diejenigen Elemente zusammen, die sowohl in ihrer Geschäftskennntniß wie in ihrer Finanzkraft die Mittel besitzen, den Unternehmungsgelbst in erfolgreichster Weise anzuregen und zu fördern. Es hieße die Bedeutung der Berliner Börse ungebührlich schmälern, wenn man übersehen wollte, daß sie sich im wirtschaftlichen Leben zu einer schöpferischen Macht ersten Ranges emporgeschwungen und vielfach zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes beigetragen hat. Andererseits ist aber auch oft genug ihr Einfluß in verderblicher Richtung wirksam gewesen, und es hängt mit dem Wesen des Börsenverkehrs zusammen, daß die darin thätigen Kräfte den Versuchungen leichtsinniger Spielwuth besonders zugänglich sind. Jedem unbefangenen Beobachter ist daher die Erkenntniß leicht geworden, daß der so weit verbreitete Schwindelgeist der jüngsten Vergangenheit seinen eigentlichen Herd an der Börse hatte, und daß deren Sünden sich nicht durch die allgemeinen, veränderten Verhältnisse rechtfertigen lassen, sondern aus der vorwaltenden Neigung zu überspannter Spekulation entspringen.

Zur Bekräftigung dieser Ansicht dient die Erfahrung, daß ähnliche Mißstände bereits früher häufig vorkamen, und vor einigen Jahren in besonders erschütternder Weise an der Wiener Börse zu Tage traten, ohne daß dabei der Einfluß der Milliarden eine Rolle spielte. Es ist ferner in Betreff der Berliner Börse daran zu erinnern, daß dieselbe sich lange vor dem Geldzuflusse aus Frankreich sich der Spielwuth der Differenzgeschäfte in maßloser Weise hingeeben und eine große Zahl unsicherer oder nahezu werthloser Papiere in den Verkehr gebracht hatte, um die Leichtgläubigkeit der unerfahrenen Menge auszubenutzen. Wenn die erlaubten und unerlaubten Kunstmittel des Gründertums in schamloser Weise zur Anwendung kamen, wenn die Spekulation unablässig daran arbeitete, Schöpfungen der Privat-Industrie in Aktien-Unternehmungen umzuwandeln und neue Aktiengesellschaften in das Leben zu rufen, nicht um wirklichen Bedürfnissen zu genügen, sondern um die neuen Papiere mit Gewinn unter das Publikum zu bringen, so findet eine Beschönigung durch den Hinweis auf die Milliarden keine Stelle. Endlich kennzeichnet der dauernde Charakter des Börsengeschäfts sich durch die Thatfache, daß der Verkehr sich beharrlich vor und nach der Milliardenzeit mit Vorliebe ausländischen Papieren zuwendet, denen keine andere Anziehungskraft beizumohnt, als gerade die Unsicherheit ihres Werthes und die damit verbundenen erheblichen Preisschwankungen.

Deßhalb hat das öffentliche Urtheil sich dahin festgesetzt, daß die verderblichen Kräfte der Börsenspekulation in einer für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes ausichtsreichen Zeit die Oberhand gewonnen haben und durch ihr auf Verlockung und Täuschung der Massen berechnetes Treiben zu Haupturhebern der Schäden geworden sind, unter denen das gesammte Verkehrsleben jetzt leidet.

Die Aufsicht der Behörden und die Macht der Gesetze reichen nicht aus, um solches Unheil zu verhüten; aber je freiere Bahn dem Handel und Gewerbe durch die neuere Gesetzgebung bereitet ist, um so ernster ist auch die diesen Berufsklassen zufallende Verantwortlichkeit zu nehmen. In dem Mißbrauch der erlangten Freiheit liegt nicht bloß eine Verleugung sittlicher Pflichten, sondern auch ein Verstoß gegen wirtschaftliche Grundzüge, dessen nachtheilige Folgen den Wohlstand des Volkes tief erschüttern.

An die gesunden und besonnenen Elemente der Börsenwelt tritt die Aufgabe heran, durch Mahnung und Beispiel dem leichtfertigen Treiben entgegenzuwirken und durch ihren moralischen Einfluß den Unternehmungsgelbst in die richtigen Bahnen zu lenken. Leider hat ein solcher Einfluß sich in jüngster Zeit nicht genügend fühlbar gemacht.

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft knüpfen an ihre allgemeinen Betrachtungen über die Lage des Geldmarktes den Ausdr. d. der Zuversicht, daß Arbeitjamkeit und Sparsamkeit das gestörte Gleichgewicht wieder herstellen und den Boden für eine gedeihliche Entwicklung schaffen werden. Allerdings Arbeitjamkeit und Sparsamkeit von Seiten der gewerblichen Kreise, aber auch Mäßigung und Vorsicht auf dem Gebiete der Spekulation, das sind die richtigen Fingerzeige für die Herstellung gesunder wirtschaftlicher Zustände.

Die Aufklärung über das Verhältniß zwischen Staat und Kirche.

Der Kampf zwischen den Rechten des Staates und den Anforderungen der Priesterherrschaft ist mit Recht ein Kulturkampf genannt worden; denn er bricht überall aus, wo eine Nation darnach strebt, auf der Bahn politischer und sozialer Entwicklung vorzuschreiten. Naturgemäß hat dieser Kampf gerade in Deutschland und in Italien einen besonders lebhaften Charakter angenommen, weil beide Länder durch die Neugegestaltung ihrer politischen Zustände und das Widerstreben der katholischen Geistlichkeit gegen dieselbe, dazu gedrängt wurden, auch das Verhältniß des Staates zur Kirche in angemessener Weise zu regeln. Je ähnlicher aber die Stellungen sind, in denen Deutschland und Italien sich befinden, um so wünschenswerther ist, daß die öffentliche Meinung diesseits und jenseits der Alpen über die anzustrebenden Ziele und über die dahin führenden Wege zur vollen Klarheit gelange. Als hochwillkommenes Ereigniß es daher begrüßt werden, wenn kundige und besonnenen Männer aus beiden Ländern in ruhiger sachlicher Erörterung ihre Gedanken über die Aufgaben austauschen, von deren Lösung die gesunde Entwicklung des Volkes lebens abhängig.

Der berühmte italienische Staatsmann Cavour hat bekanntlich als maßgebende Vorschrift für die Behandlung der kirchenpolitischen Frage den Grundsatz hingestellt: „Die freie Kirche im freien Staat.“ Dieser Satz, welcher in Italien noch immer auf die leitenden Geister, wie auf die öffentliche Meinung eine mächtige Herrschaft ausübt, ist in jüngster Zeit vielseitig beleuchtet worden. Ein neapolitanischer Professor, Herr Vera, war in seinen Schriften mit einem Programm hervorgetreten, welches den Cavour'schen Wahlpruch in dem umgekehrten Satz: „Der freie Staat in der freien Kirche“, verwandelt und somit den Staat unter die Kirche stellt. Da Herr Vera auch die deutsche Kirchenpolitik einer kritischen Erörterung unterzogen hatte, hat er bies dem trefflichen Staatschriftsteller „Heinrich Treitschke“ Gelegenheit, im jüngsten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ die deutschen Auffassungen und Bestrebungen zu vertreten. Sein an den italienischen Professor gerichtetes Sendschreiben, dem die nachfolgenden Stellen entnommen sind, gibt in bündigen Sätzen Aufschluß über die Bedingungen des Kulturkampfes und über die leitenden Gesichtspunkte unserer kirchenpolitischen Gesetzgebung.

„Die Kirche gehört nicht bloß dem Gebiete des Irdischen an, sondern sie lebt und wirkt in dieser Welt. Sie sucht lehrend und firierend ihre Gedanken im Volke zu verwirklichen, auch den Staat mit ihrem Geiste zu erfüllen, und sie verfällt in diesem Kampfe nur zu oft den Mächten des Fanatismus, der Unduldsamkeit, des Aberglaubens. Der Staat aber kann auf seine Souveränität niemals verzichten, auch wenn er die sittliche Würde der Kirche dankbar anerkennt; er tritt den Uebergriffen kirchlicher Unduldsamkeit als der Wächter des Rechtes und des Friedens entgegen. Die Kirche steht dem Staate sittlich gleich, rechtlich steht sie unter ihm. Darum wird der Streit zwischen Staat und Kirche bis an das Ende der Geschichte immer wiederkehren. Die Stellung der Kirche zum Staate wird allerdings bei steigender Geseßtheit nothwendig freier; der Staat erkennt die Unruchbarkeit und das Unrecht des Gewissenszwanges, und die Kirche erträgt die Aufgabe der Aufklärung um so leichter, je tiefer sie ihre eigene Aufgabe versteht. Aber diese Freiheit der Kirche kann ohne den Staat zu zerrütten, niemals vollständig werden; denn der Staat vermag eine souveräne Gewalt in der Rechtsordnung neben sich nicht zu ertragen, er setzt nach seinem Ermessen die rechtlichen Schranken fest für die freie Bewegung der religiösen, wie aller anderen Genossenschaften. Ein so verwickeltes Verhältniß kann schlechterdings nicht in einer allgemeinen Formel seine Lösung finden.“

„Auf dem freien und duldsamen Nebeneinanderbestehen der Glaubensbekenntnisse ruht die moderne deutsche Geseßtheit, ruht vor Allem jene Freiheit der deutschen Wissenschaft, welche Sie mit so warmen und bereichernden Worten rühmen. Auch wir haben einst, wie alle anderen europäischen Völker, eine Zeit erlebt, da in uns jenen Staaten der Grundsatz galt: *ejus regio, ejus religio*. (Wer über das Land herrscht, herrscht auch über die Religion.) Es schien, als würde die Kirche durch den Staat geknechtet; in Wahrheit regelte die Kirche den Staat. Eine herrschende Kirche hatte sich überall der Staatsgewalt bemächtigt, leitete das Geseß nach ihrem Sinne, und die lutherische Kirche zeigte sich dabei kaum minder hart und unduldsam als

die römische. Da ab und reformirten Territorien einanderlagen und über die Beherrschung nothwendig zum Vorkam, die jemals um den Preis der und seiner Bildung, stischer Dgnmacht entsetzlichen dreißig erobert. Die neue unserm erschöpften religiösen Friedens dem jungen preussischen brandenburgischen großen Kirchen der Mehrheit des Volks aber gehörten zur rathenarern damals wurde. Ein Fürstenthum Gebot der Selbsterhaltung freiheit ganz und volles des Westfälischen Friedens auch die souveräne Kirchen sehr nachdrücklich

So ergaben sich modernen deutschen Freiheit für den Einzelnen unter das Aufsichtsammtan Volksunterrichten nachsichtliche Ausführer mann, auch gegen Piemont seine Walder Jugenotten vertrieb, blutigen Kämpfen nicht flüchtigen Märtyrer testanten und Juden werden einem Deutscher erkauften Ruf „gegen die Vorschriften“ seit dem Westfälischen standen worden, als „sams gegen die Sta

Stamm (Ein Vortrag, gehalten von

Dr. Schultheß, der Bewahrer des Geheimnisses, die Leig'sche sagt darüber: „Die Patienten die Zunge sind und um dieses auch dieselben eine mit Wasser oder ein mit Del bestrichene unter die Zunge legen.“ tel, dessen Geheimhaltung achtet wurde, hilft jedwem, fast, als ob man hier zugleich vorgenommene titulationsübungen able Methode nicht in einer Stücken Holz unter Bausmann aus Westphalen in Brüssel künstlich ern im Auftrage des Ministers- und Medizinal-Seminarier besuchte, Curfus die Seminarist (Stotterende) zu heilen Hauptlehrer der Taubstummen an einem solchen Curtheil und hat seine späteren praktischen Verbesserungen des H niedergelegt.“

Als Hauptregeln empfehlen:
1. vor dem Sprechen weil dadurch die Brustblutes in den Lungen Andrang desselben nach

²⁾ Beiträge zur O Medizinalrath Dr. C.
³⁾ Das Geheimniß heilen. Halle 1832.

Kram-, Vieh- und Schaf-Markt zu Kalterherberg.

Der diesjährige Herbst-Kram-, Vieh- und Schafmarkt findet am

Mittwoch den 8. September cr.

statt.

Die sehr günstige Lage des hiesigen Ortes, sowie die zweckmäßige Aufstellung der Buden und des Viehes lassen mit Recht, wie auch bisher, auf bedeutende Theilnahme schließen.

Standgeld wird nicht erhoben. Der Marktplatz befindet sich im oberen Dorf am Ausgange nach Roherath und Wirtfeld zc.

Kalterherberg, den 30. August 1875.

Der Bürgermeister,
Lütters.

Aus Anlaß des Sedantages wird Donnerstag den 2. September, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Brüner Berg bei Musil zc. eine

gemüthliche Vereinigung
statt finden.

Alle, welche gewillt sind, die Erinnerung an den Tag mitzufeiern, werden zur Theilnahme eingeladen.
St. Vith, den 27. August 1875.

Das Festcomité.

Für den Abend des Sedantages, gegen 9 Uhr ist in den Räumen des Casino's eine

gemüthliche Vereinigung
bei einer Bowle in Aussicht genommen.

Die Mitglieder der Gesellschaft werden hierdurch zu recht reger Theilnahme an derselben eingeladen.
St. Vith. Das Fest-Comité.

Progymnasium zu Malmedy.

Das neue Schuljahr (dauernd bis Ostern 1876) beginnt am 20. September. Anmeldungen nimmt der Unterzeichnete am 16. und 17. entgegen. Die Prüfungen finden am 18. statt.

Auf Grund des Resultates einer im Sommersemester abgehaltenen Abgangsprüfung ist von dem königlichen Provinzial-Schulcollegium der Provinz auf Anerkennung der Anstalt als vollberechtigtes Progymnasium gestellt und ist mit Sicherheit zu erwarten, daß dieselbe bei Beginn des nächsten Schuljahres erfolgt.

Malmedy, den 20. August 1875.

Der Rectorats-Verweser,
Dünbier.

Landwirthschaftsschule in Cleve.

Das Wintersemester beginnt am 6. October dieses Jahres.

Die Aufnahmeprüfung ist am 5. October Vormittags. Die Abiturienten der Anstalt erlangen durch die bestandene Abgangsprüfung die Berechtigung für den einjährigen freiwilligen Militärdienst. Nähere Auskunft ertheilt

Dr. A. Fürstenberg, Director.

Sedanfeier zu Bütgenbach.

Nachmittags 4 Uhr

Versammlung auf dem Mühlenberg.

Bewirthung der Schulkinder von Bütgenbach, Berg, Eshenborn, Midrum und Weywerk.

Instrumental-Concert und Gesang patriotischer Lieder.

Während der Feier Böllersalven von der Burg und Feuerwerk daselbst.

Beim Eintritt der Dunkelheit Freudenfeuer und Abzug der Kinder mit Lampions.

Abends 9 Uhr

Tanz-Belustigung

bei Wittwe Weynand.

Bericht des

Dr. med. Alex. Groyen,

Oberarzt a. D., Erfinder der neuen Heilmethode Brustkranker und Schwindkrüchtiger, Berlin, S. W.,

Nr. 18. Plan-Ufer.

Dr. med. Groyen, Berlin S. W., 18 Plan-Ufer.

Patient Schlosserm. Gustav D. in Salzfelden schreibt: „Ich habe mich sehr gut auf Ihre Kur gebessert, ich habe noch keine Arznei gehabt, welche so erfreuliche Resultate erzielte zc.“

Originalbrief liegt bei mir zur Einsicht.

Auxilium Orientis,

präparirt aus noch nicht bekannten Vegetabilien des Orients, von ausserordentlicher Heilkraft, geprüft von den ersten Autoritäten der Chemie und Medicin, beseitigt die bis ins höchste Stadium der Unheilbarkeit getretene;

Epilepsie, Fallsucht, Tobsucht,

Brust- und Magenkrämpfe.

Vor Gebrauch meines Präparates bitte ich um speciellen Krankheitsbericht, darauf schicke ich das Präparat nebst genauer Gebrauchsanweisung und Kurverhaltensregeln unter Nachnahme sofort.

Ich warne ausdrücklich vor jenen Leuten, welche lediglich auf den Geldbeutel der armen Patienten speculiren, indem sie als Specificum gegen obige Leiden nichts als eine Lösung von Bromkalium geben.

NB. Unbemittelte Kranke werden berücksichtigt.

Silvius Boas,

Erfinder des Auxilium orientis, Specialist für Nerven- und Krampfleiden. Sprechstunde 8—10 Vm., 2—4 N. Berlin SW., Friedrichstr. 22, 1. Etage.

Neue Holl. Heringe

vom diesjährigen Fang

zu 0,15 Pfg. zu haben bei Ph. A. Baur.

Ein guter Hünerhund zu verkaufen. Wo sagt die Expedition.

Annonce.

Zwei schöne Hünerhunde stehen zu verkaufen.

Wo sagt die Expedition dieses Blattes.

Fliegenpapier

empfiehlt S. Doepgen in St. Vith.

Vorräthig in der Buchdruckerei dieses Blattes:

Bericht

über meine Reise durch verschiedene Theile

Südeuropas, Nordafrikas und

Weitasiens,

vom 27. September 1872 bis zum

18. Mai 1873.

Von

Peter Stehres,

Weltpriester und Ehrendirector des Progymnasiums zu Dietrich.

Preis 1 Mark 80 Pfg. = 18 Zgr.

Vertrieb. Druck und Verlag von S. Doepgen in St. Vith.

Krei

Nr. 71.

Das „Kreissblatt“ für dieses Blattes entgegen für die 4spaltig

Amtlich

Be

Durch die Ueberbrucher am 4. cr. troffenen Stadt St. Vith viele andere Ortschreiben Zell und den, indem auch dort gerissen, viele andere sind, daß sie abgehört sind. Die Bichtrante an Futterkräutern ständig zu Grunde gebracht, als die Bichtranten Ackerbau und die

Die öffentliche Aufmerksamkeit der Bevölkerung läßt sich nicht verheimlichen und einzelne Comités und einzelne nicht immer nach dem am meisten Bedrückten wünschenswerth, Geld, soweit sie für einzelne besondere sind, an eine Centralbehörde die Unterwerfung den in einer dem Erfolg haben wird

Wir erklären uns für die Zweckmäßigkeit an alle Beschädigten Sorge zu tragen und ständnis mit dem Hilfscomité's und eingefügt zugehen zu Coblenz, den 23.

Die Herren B. die gesammelten Um Regierungs-Präsidenten Malmedy, den

Nr. 6,644.

Be

Auf Anstehen des Gerichtsvollzieher-Amt Wittwe Johann Schburg zur Sitzung Vith vom 5. November laden worden, um die Abgabe von 6 Stück Lampen zu Zeitum Rechtliche erkennen Nachen, den 19.

Vorm

Wir Vith Preußen zc. beordnen, unter Zustimmung Unserer Monarchie, für

§ 1. Das Vorm. (Friedensrichtern, Amts Im Geltungsbereich und im Bezirk des werden zu diesem Zweck ein oder mehrere